

Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche - deren Gestaltung darf nicht den Betreibern überlassen werden, sondern muss **von Bund und Ländern proaktiv reguliert und gesteuert** werden, und zwar **umwelt- und gesundheitsverträglich**, und **bürgerorientiert**.

Wir, Bürgerinnen und Bürger von Bremen, Bremerhaven und umzu, fordern die Bremer Bürgerschaft auf, eine **nachhaltige, vorsorge- und bürgerorientierte Mobilfunk- und Digitalisierungs-Strategie für das Bundesland Bremen vor der Einführung von „5G“** nach folgenden Kriterien umzusetzen:

- **Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz:**
Energieverbrauch und -kosten werden enorm steigen. Die Politik muss Regeln und Anreize für eine klimaneutrale Digitalisierung schaffen.
- **Bürger- und Gemeinwohlorientierung:**
Die Bürgerschaft muss Rahmenbedingungen schaffen, die es den Bürgern ermöglichen, ihre Rechte und digitale Teilhabe wahrzunehmen.
- **Vorsorge:**
Weil eine abgestimmte Planung fehlt, kommt es zu einer **unnötig hohen Strahlenbelastung**, ohne dass damit wirklich echte Übertragungs-Verbesserungen einhergehen. Eine bessere mobile Versorgung mit hohen Datenraten auf stabilen Netzen bei gleichzeitiger Strahlungsminimierung ist kein Widerspruch, wenn **neueste Technik und konsequente Netznutzung (ein Netz) eingesetzt und alternative Techniken gefördert werden. Bremen kann die Digitalisierung umwelt- und gesundheitsverträglich gestalten**. Dabei muss der **Gesundheitsschutz** oberste Priorität haben.
- **Technikfolgenabschätzung**
ist Pflicht. Sie muss durch eine industrie- und regierungsunabhängige Kommission erfolgen.
- **Datenschutz und Sicherheit:**
Das Recht, ohne digitale Überwachung leben zu können, ist ein Grundrecht. Die Datenerfassung darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung jedes Bürgers erfolgen.

Hiermit unterstütze ich die umseitig beschriebenen Forderungen an die Bremer Bürgerschaft:

NAME, VORNAME	PLZ, WOHNORT	UNTERSCHRIFT

Der BUND nimmt mit dieser Liste Ihre personenbezogenen Daten auf. Die Daten nutzen wir für unsere innerverbandliche Kommunikation. Außerdem werden die gesammelten Unterschriften zusammen mit den Forderungen der Bürgerschaft übergeben. Mit der Eintragung in die Liste erklären Sie sich damit einverstanden, dass der BUND Ihre Daten für diese Zwecke verarbeiten darf. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen, wenn dies erforderlich ist, um Ihre berechtigten Interessen zu schützen.